

Kontakt- an Informationsblatt vun der CSV Iechternach
Ënnert der Responsabilitéit vun der CSV Iechternach



v.l.n.r.: Eiffes Georges, Mach Denise, Neu Edmond, Berscheid Vicky, Diederich Marc, Thiry Théo, Wengler Yves, Dieschbourg Carmen, Boden Laurent, Rollmann Bénédicte, Weis Josy.

Die CSV Echternach geht mit Théo Thiry als Spitzenkandidat in die Gemeindewahlen 2011

Ende Juni wurde von den zuständigen CSV Gremien die Kandidatenliste der CSV Echternach für die Gemeindewahlen 2011 verabschiedet. Diese wird vom Bürgermeister Théo Thiry als Spitzenkandidat angeführt. Verstärkt wird die Liste von zwei Gemeindepoli-

tikern mit Bürgermeister- bzw. Schöffenratserfahrung: Marc Diederich und Yves Wengler. Letzterer hat bei den letzten Landeswahlen den Einzug ins Parlament nur knapp verfehlt und gilt als Ersatz-Abgeordneter der CSV Osten. Auch Gemeinderatsmitglied Edmond

Neu wird erneut Kandidat im Oktober sein.

Als Ersatz-Gemeinderatsmitglied gilt Vicky Berscheid als einzige Kandidatin, welche 2005 auf der Liste des CSV kandidierte. Die sechs weiteren Kandidaten sind: Laurent Bo-

den, 34 Jahre, Lehrer; Carmen Dieschbourg-Weber, 57 Jahre, Chargée de cours; Georges Eiffes, 50 Jahre, Postbeamter; Denise Mach, 54 Jahre, Sekretärin in einer Arztpraxis; Bénédicte Rollmann-Baert, 47 Jahre, Hausfrau und Josy Weis, 58 Jahre, Ingénieur industriel.

Somit stellt die CSV Echternach, neben den 4 Mandatären, eine sehr kompetente und ausgewogene Liste, mit vier engagierten Frauen, davon eine Ausländerin (Bénédicte Rollmann-Baert).

Apelo aos cidadãos portugueses de Echternach!



Estamos orgulhosos por os que moram ou decidiram vir morar aqui na nossa bela cidade de Echternach. Estamos com a convicção de que a vida dos clubes e a integração na sociedade funcionam muito bem.

No entanto, o interesse pela política parece estar faltando um pouco. Estamos convencidos de que este interesse é muito importante e é por isso que pretendemos assinalar que tem o direito de ir votar no dia 10 de Outubro. Para ter esse direito, você (a partir dos 18 anos) deve se inscrever nas listas eleitorais da prefeitura de Echternach antes do 14 de Julho. Se vocês encontrarem dificuldades para se inscrever, teremos o prazer de vos ajudar.

Yves Wengler
presidente do partido CSV de Echternach

Besicht den Internet-Site vun der CSV Iechternach:

<http://echternach.csv.lu>

Respekt



In unserem Land wird Politik, sieht man von der europäischen Ebene ab, eigentlich exklusiv auf zwei Ebenen gemacht: der nationalen und der kommunalen. Die Gemeinden sind somit der zweite tragende Pfeiler unseres politisch-institutionellen Gefüges.

Gemeinden haben weitreichende Befugnisse. Die Entscheidungen, die in den Gemeinderäten getroffen werden, beeinflussen den Alltag von jedem von uns. Gemeinden und ihre demokratisch legitimierte Führung haben in wichtigen Bereichen ein entscheidendes Wort mitzureden.

Die „Autonomie communale“ ist in Luxemburg kein leerer Begriff und das ist gut so! „Autonomie communale“ bedeutet, dass wichtige Entscheidungen, die das Leben der Menschen und ihrer Familien beeinflussen nicht zentral, sondern lokal getroffen werden.

Der Wahlgang vom 9. Oktober, bei dem es um die Erneuerung der Gemeinderäte geht, ist somit eine wichtige Wahl. Die Kommunalwahlen sind keinen Deut weniger bedeutsam als Europa- und Legislativwahlen.

Es ist nicht egal, wer nach dem 9. Oktober in unseren Gemeinden die politischen Weichen stellen wird. Es geht um einen hohen Einsatz, die lokale Zukunftsgestaltung für die kommenden sechs Jahre, nicht mehr und nicht weniger. Die Gemeinden sind auf eine weitsichtige, kompetente und entschlossene politische Führung angewiesen.

Die Gemeinden sind die erste Stufe unseres demokratischen Gefüges und sie haben weitreichende Entscheidungsbefugnisse. Die uneingeschränkte Aufmerksamkeit der Bürger ist gefordert, wenn es um die Frage geht, welche Partei oder Gruppierung in den einzelnen Gemeinden das schlüssigere Zukunftsprogramm vorlegt und welche Kandidaten als Team oder individuell in den Majorzgemeinden zu überzeugen wissen.

Daher verdient auch jeder Respekt, der sich bereit erklärt, am 9. Oktober anzutreten, um Verantwortung für seine Mitmenschen zu übernehmen. Unser demokratisches Gemeinwesen kann nur funktionieren, wenn Mitbürger sich in unseren Gemeinden mobilisieren, wenn sie bereit sind, ihre Zeit zu investieren und ihre Kompetenzen in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Und das über alle Parteigrenzen hinweg.

Letzteres ist ein Aspekt, der viel zu oft verkannt wird, von der Öffentlichkeit, den Medien aber auch von manchen Parteizentralen. Das ist schade und wird den tausenden engagierten Bürgern nicht gerecht, die bereit sind, für ihre Mitmenschen, Verantwortung zu übernehmen.

Marc Spautz
Generalsekretär

Im Dienste der Bürger



Seriöse Politik ist nicht Selbstzweck, sondern Dienst an den Bürgern. Sie beruht auf gründlicher Arbeit und einer klaren Zielsetzung.

Das Ziel der CSV ist es, den Menschen dauerhaft eine hohe Lebensqualität zu bieten. Wir möchten, dass Luxemburg ein Land bleibt, wo es sich glücklich und sicher wohnen, arbeiten und zusammenleben lässt. Ein Land mit Perspektiven, wo jeder die Chance hat, sein eigenes Lebensziel zu erreichen und die Menschen mit Zuversicht nach vorn blicken können.

Luxemburg und Europa stehen heute jedoch vor großen Herausforderungen. Wie wir diesen jetzt begegnen, wird unser eigenes, aber vor allem das Leben unserer Kinder und Kindeskindest maßgeblich bestimmen.

So dürfen wir in Luxemburg nicht in unnötige Streitereien und Konflikte verfallen. Auch dürfen wir die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen, nur weil diese uns Anstrengungen und mehr Bescheidenheit verheißen. Stattdessen gilt es, gemeinsam die notwendige Arbeit in

Angriff zu nehmen. Es gilt, die Anstrengungen gerecht und solidarisch zu verteilen. Es gilt, die Probleme konsequent zu lösen.

Gesunde Staatsfinanzen sind für die CSV das Fundament, um einen Absturz wie in Griechenland, Spanien oder Portugal zu verhindern. Denn auch künftig wollen wir lieber in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft des Landes investieren, als nur die Schuldenberge und Ausgaben der Vergangenheit abzubehalten. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts muss deshalb bis 2014 erreicht werden. Zu den weiteren Aufgaben zählen sicherlich die stetige Verbesserung der Ausbildung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Absicherung der Sozialsysteme und die Energiewende.

Auf europäischer Ebene wird die CSV darüber wachen, dass selbst in diesen schwierigen Zeiten die Errungenschaften, die den Menschen Frieden, mehr Freiheit und Wohlstand gebracht haben, nicht infrage gestellt werden. Auch für den Euro werden wir uns einsetzen. Nicht aus ideologischer Blind- und Sturheit, sondern im gemeinsamen Interesse von Europa und Luxemburg.

Die CSV wird demnach auch in Zukunft ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir werden weiterhin unseren Dienst am Bürger mit Kompetenz, Entschlossenheit und Weitsicht erfüllen. In Europa und in Luxemburg, im Staat und in den Gemeinden.

Michel Wolter
Parteipräsident

Eine Frage der Arithmetik

Lucien Thiel: „An der Pensionsreform führt kein Weg vorbei“



Die zweite der Empfehlungen, die die Brüsseler Kommission kürzlich als Antwort auf das von Luxemburg vorgelegte Reformprogramm ausgesprochen hat, befasst sich mit der langfristigen Absicherung der Rentenfinanzierung. Die EU-Experten sprechen sich für eine „breit angelegte“ Reform unserer Altersversorgung aus, wobei vor allem darauf zu achten sei, dass die Arbeitnehmer länger im Arbeitsprozess bleiben und so das gesetzliche Rentenalter an die gestiegene Lebenserwartung angepasst wird. Im Klartext: „Wir sollen länger

arbeiten um länger Beiträge zu bezahlen und zudem den Rentenaufwand in Grenzen zu halten.

Handlungsbedarf

Dass Handlungsbedarf besteht, ist bekannt: die Lebenserwartung ist bekanntlich beachtlich gestiegen – um drei Jahre in einem einzigen Jahrzehnt! – und damit auch der Kostenpunkt der Altersversorgung. Da unser Rentensystem auf dem so genannten Umlageverfahren basiert, d.h. die Aktiven für die Pensionen ihrer Vorgänger aufkommen müssen, ist eine solche Verteuerung nur solange tragbar, als auf der andern Seite auch die Einnahmen, in diesem Fall die Beiträge, in demselben Maß steigen.

Experten haben uns schon vor Jahren vorgerechnet, dass unsere Wirtschaftsleistung im Durchschnitt um 4 % (und damit notgedrungen auch die Produktivität und die Beschäftigung) steigen muss, wenn wir mit der Verteuerung der Altersvorsorge Schritt halten wollen. Was

daraufhin als Schreckgespenst an die Wand gemalt wurde, nämlich der 700.000-Einwohner-Staat, wird mittlerweile bloß noch als Zwischenetappe angesehen, denn die halbe Million haben wir ja schon überschritten und die volle Million ist durchaus in Reichweite. Die Frage ist nur: Wie werden wir das alles verkraften können, wo wir doch schon heute aus allen Nähten platzen?

Wir können uns nicht blindlings auf ein Wirtschaftswachstum verlassen, das unser Rentensystem auf immer absichern würde. Zumal ohnedies die Zeiten, da wir uns oberhalb der 4 %-Marke bewegten, vorerst vorbei zu sein scheinen und wir auf ein etwas langsames Wachstum gefasst sein müssen. In andern Worten: Wir kommen nicht daran vorbei, unser Rentensystem an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Rentengleichgewicht

Für eine solche Anpassung bieten sich drei Wege: Entweder die

Beiträge werden erhöht oder die Beitragsdauer verlängert oder die Renten gekürzt. Statt für eine dieser Lösungen, hat die Regierung sich in ihrem Vorschlag gleich für alle drei ausgesprochen, indem sie eine Mischlösung vorschlägt, die möglichst schonend mit den drei Komponenten umspringt, insbesondere was die Beitragserhöhung anbelangt, die vorerst noch aufgeschoben wird.

Auf eine einfache Formel gebracht, sieht das Regierungskonzept folgendermaßen aus: Das Rentengleichgewicht soll einstweilen erhalten bleiben, indem die Renten faktisch gekürzt werden, es dem Einzelnen jedoch überlassen bleibt, sich das derzeitige Rentenniveau zu erhalten, indem er drei Jahre länger Beiträge bezahlt.

In grober Kurzform: Indem das Renteneintrittsalter um drei Jahre verschoben wird, kann der Kostenaufwand um 15 % verringert werden. Das Originelle daran ist, dass

die Entscheidung beim Einzelnen liegt, ob er länger arbeitet, um sich eine Rente auf heutigem Niveau zu sichern, oder ob er auf einen kleinen Teil seiner Rente verzichtet, um früher in Pension gehen zu können.

Natürlich gibt es Alternativen zu diesem Konzept, das weder den Arbeitgebern schmeckt, die bislang auf jüngere, weil billigere Arbeitskräfte setzten, noch den Gewerkschaften, die die Reform liebend gerne für einen weiteren Vorstoß in Richtung Umverteilung nutzen möchten. Das verspricht noch hitzige Debatten nach der Sommerpause. Allerdings es schmälert nicht im Geringsten das Verdienst der Regierenden, die sich beizeiten daran gemacht haben, eines der heikelsten Themen des Augenblicks resolut anzupacken.

Lucien Thiel
Präsident der CSV-Fraktion im Parlament

Mat kloerem Bléck no vir

... so das Motto des CSV Rahmenprogramms für die kommenden Gemeindewahlen; ein Orientierungs- und Arbeitsdokument für unsere Sektionen, Kandidatinnen und Kandidaten. Bei der Ausarbeitung – unter der Federführung von Paul Weimerskirch und Laurent Zeimet – wurde dabei sicherlich nicht das Rad neu erfunden. Das Rahmenprogramm erklärt allerdings und vor allem die Grundphilosophie der CSV Kommunalpolitik.



Nei Erausforderungen

Das Rahmenprogramm soll zum Nachdenken anregen und ist zudem ein interessanter Leit-faden für die Denkarbeit in den Sektionen. Gemeinde-politik ist spannend, besonders auch, weil sich vieles verändert hat, wirtschaftlich und sozial, gesellschaftlich und demogra-fisch, jedoch auch infrastruktu-rell betrachtet. Dieser Wandel stellt die Gemeinde vor neue Herausforderungen, verbunden mit neuen Chancen die Auf-gaben zu bewältigen und zu erledigen.

Wir bauen dabei auf unsere be-währten Prinzipien und Ideale. Stichworte sind hier Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl, Leistung und Partnerschaft. Man kann auch sagen: Fairness, Gespräch, Dialog, Toleranz, Einsatz oder offenes Ohr und Zusammenarbeit.

Staark a performant Gemengen

Die CSV steht für eine moderne Gemeindepolitik. Unsere Politik ist nicht die Summe von Partiku-larinteressen. Unser politisches Handeln orientiert sich am All-gemeinwohl. Mit klarem Blick und klaren Visionen wollen wir in unseren Gemeinden neue Perspektiven schaffen. Natürlich wird sich dabei die Politik nach den Zeichen der Zeit richten, ohne dabei jedoch jeder Mode und jedem Trend nachzueifern.

„Wir wollen die Gemeinden gestalten, und nicht einfach nur

verwalten. Das Rahmenpro-gramm ist dabei Orientierung und Auftrag. Gefragt sind klare und eindeutige Ideen. Nicht romantische Vorsätze, sondern konkrete Vorschläge. Dafür steht das Rahmenprogramm, dafür stehen die verschiede-nen Wahlprogramme in den jeweiligen Gemeinden. Starke und leistungsfähige Gemein-den brauchen wir“, so der CSV Deputierte und Präsident des CSV-Gemeinderätevereingung (CSG) Gilles Roth.

No beim Bierger

Bürgernähe ist in den Gemein-den wesentlich ausgeprägter als auf anderen Ebenen der Politik. Der moderne Staat braucht lei-stungsfähige und lebensfähige Gemeinden. Das wird auch in Zukunft nicht anders sein.

„Doch neben diesen Sachaufga-ben werden an Kommunalpoliti-ker hohe Anforderungen an ihre Führungskompetenz gestellt. Verhandlungsgeschick, Mut zum fairen Dialog, konstruktive Zusammenarbeit, globales Denken und Handeln, Orga-nisationstalent, die Fähigkeit, Brücken zu schlagen, ein offe-nes Ohr haben und Verständnis zeigen, sind hier gleichermaßen Auftrag für Majorität und Opposition. Kleinkriege oder persönliche Unterstellungen sind fehl am Platz, wenn es gilt mitzuhelfen, die Lebens-qualität auf lokalen Raum zu verbessern, dort wo jung und alt sich verstehen sollen, wo der ausländische Mitbürger als gleichwertiger Partner gesehen

wird, wo Kinder und Erwach-sene zusammenleben, wo Partnerschaft und Toleranz groß geschrieben werden, wo der behinderte Mitmensch seinen Platz hat – kurz gesagt, dort, wo Bürgerinnen und Bürger ihre Heimat haben, sich wohlfühlen, gerne da wohnen und stolz auf ihr Gemeinwesen und die ge-wählten Vertreter sein können“, so CSG-Nationalsekretär Paul Weimerskirch.

Gesond Finanzen

„Es gilt die gesetzlichen Rahmenbedingungen derart zu gestalten, dass die Gemein-den ihre vielfältigen Aufgaben und obligatorischen Pflichten auch erfüllen können. Es steht demnach außer Zweifel, dass die Gemeinden natürlich über einen entsprechenden Ent-scheidungsfreiraum und über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen müssen, damit die administrativen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben auch wahrgenommen werden können. Nur durch gesi-cherte Basiseinkommen ist eine weitsichtige Finanzplanung auf kommunaler Ebene möglich“, so der CSV Generalsekretär und Deputierte Marc Spautz.

„Wir wollen bürgernahe, leistungsfähige und transpa-rente Gemeindeverwaltungen. Die Förderung von Sport und Kultur, die Schaffung kinder-freundlicher Infrastrukturen, die Verbesserung der Mobilität, die Absicherung der Wohnqualität, eine humane Verkehrsgestal-tung, moderne und angepasste Dorf- und Stadtentwicklungs-pläne, aktiver Natur- und Umweltschutz sind und bleiben wichtige Anliegen. Das Mitein-ander zwischen Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern zu för-dern, ist eine weitere essentielle Aufgabe der Kommunalpolitik“, heißt es im Rahmenprogramm der CSV.

Zu den Zielen der CSV-Politik in der Gemeinde gehören glei-chermaßen eine Finanzplanung mit Kompetenz und Weitsicht, regionale Zusammenarbeiten, ein modernes Schulwesen und leistungsfähige sowie arbeits-platzschaffende Klein- und Mit-telbetriebe. „Dies alles sind jene Bausteine und Orientierungen einer wohlverstandenen Kom-munalpolitik, die wir umsetzen wollen“, so CSV Präsident Michel Wolter.

Gemeinden und Parlamentsarbeit

Die Gemeinde ist die Welt im Kleinen. Daher ist es notwen-dig das Zusammenleben so zu organisieren, dass eben jeder Einzelne sich wohl fühlt. Kom-munalpolitik geschieht aller-dings nicht einfach im luftleeren Raum. Auch nationalpolitische Entscheidungen beeinflussen die Initiativen auf lokaler Ebene. Die Parlamentarier der CSV haben in den vergangenen Monaten mehrere innenpoliti-sche Diskussionen geführt, die einen direkten oder indirekten Einfluss haben.

• Dies betrifft die **Fusion von Gemeinden** und die interkom-munale Zusammenarbeit, die wir als Notwendigkeit sehen. Sie hilft Probleme besser und schneller zu lösen. Größere Gemeinden können effizienter arbeiten. „Daher unterstützen wir jede mögliche Zusammen-arbeit und Fusion zwischen den Gemeinden, so der CSV Abgeordnete Ali Kaes. „Aus verschiedenen kleinen Gemein-den, mit oft unterschiedlichen Sensibilitäten und Kompeten-zen, werden neue Kommunen mit neuen Perspektiven und Chancen für die Bürger, die ein Recht auf angepasste, gute und effiziente Dienstleistungen haben, abgesehen davon, dass auch auf sportlich-kultureller Ebene sowie in infrastrukturell und administrativ-technischer Hinsicht viele positive Elemente eine Fusion begründen“.

• Dies betrifft ebenfalls Fragen und Aspekte der **Landespla-nung**: Die CSV steht zu den Zielen, die bereits im IVL-Projekt vom damaligen Innenminister Michel Wolter initiiert wurden. Sie fanden ihren Niederschlag in den so genannten „plans sectoriels“. „Aus unserer Sicht ermöglicht dies eine bessere und nachhaltige Mobilität, quasi ein Muss, wenn es darum

geht, lokale und regionale Ver-kehrsprobleme zu lösen, wenn es gilt adäquate Maßnahmen für optimalen Wohnungsbau zu definieren, wenn es gilt die Schaffung neuer Gewerbe-zonen zu ermöglichen, wenn es gilt den Schutz von Landschaft und Natur mit wirtschaftlichen Akti-vitäten in Einklang zu bringen. Es ist der Weg zu einem Mehr an Lebensqualität“, so Marcel Oberweis, CSV Deputierter.

• Dies betrifft den **Wasser-preis**: Kostendeckend orga-nisieren ist jene Vorgabe, die wir begleiten und unterstüt-zen wollen! Dies betrifft die **kommunalen Finanzen**: „Sie bestimmen den Handlungsspiel-raum der Gemeinde. Weitsichtig handeln, rationell einsetzen und kontrollieren, sind hier wichtige Stichworte“, so die Abgeord-nete Sylvie Andrich-Duval, „ansonsten Gemeinden sich dem Teufelskreis der Verschul-dung nicht entziehen können“.

• Dies betrifft den **Klima-schutz**. Kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit: Für den CSV Deputierten Emile Ei-cher geht es dabei u.a. um den Einsatz erneuerbarer Energien, um Kooperationen über die Grenzen hinaus.

• Dies betrifft die **Rettungs-dienste**: Sie brauchen eine Zukunft, das „Bénévolat“ stößt an Grenzen, die Freiwilligen im Zivilschutz verdienen Aner-kennung und Unterstützung, wohl wissend, dass auch neue Konzepte gefragt sind. Dies betrifft die **Grundschule**. Die Gemeinden tragen nach wie vor Verantwortung. Dies betrifft die **Flüchtlingsfrage**. „Das Schick-sal der Menschen darf uns nicht gleichgültig lassen. Auch die Gemeinden müssen helfen. Die Kultur des Egoismus ist nicht unsere Sache“, so Martine Mergen, CSV-Abgeordnete.



Spätzekandidat



Théo Thiry

49 Joer

- Buergermeeschter
- Apdeker



Vicky Berscheid-Hoffmann

52 Joer

- Assistante d'hygiène sociale



Laurent Boden

33 Joer

- Enseignant am LCE
an am LCD



Marc Diederich

36 Joer

- Gemengerot
- Direkter vum Internat
St. Willibrord



Carmen Dieschbourg-Weber

57 Joer

- Chargée de cours



Georges Eiffes

50 Joer

- Postbeamter



Denise Mach

54 Joer

- Sekretärin an enger Praxis



Edmond Neu

63 Joer

- Gemengerot
- Professor e.r.



Benedicte Rollmann-Baert

47 Joer

- Hausfra



Joseph Weis

58 Joer

- Ingénieur industriel



Yves Wengler

48 Joer

- Gemengerot
- Professeur-ingénieur

